

Analyse

Blick zurück auf die Tragödie von Beslan

Alexander Cherkassov, Memorial, Moskau

Zusammenfassung

Die Geiselnahme von Beslan (1.–3. September 2004) ist in Russland – ebenso wie frühere Geiselnahmen bisher nicht angemessen aufgearbeitet worden. Die Fragen, die in der Öffentlichkeit gestellt werden, greifen zu kurz. Die gerichtliche Untersuchung ist von Interessenkonflikten belastet, da man die Sicherheitskräfte nicht kritisch hinterfragen will. Doch auch die parlamentarische Untersuchungskommission, die ihren Bericht immer noch nicht vorgelegt hat, hält sich an eine „Generallinie“, die es vermeidet nach dem Kontext der Geiselnahme – den Tschetschenienkrieg und seinen Ursachen zu fragen.

Insgesamt haben die zwei Jahre, die seit den Ereignissen Beslan vergangen sind, die Barrieren aufgezeigt, die eine effektive gesellschaftliche Kontrolle der Sicherheitsdienste, Streitkräfte und Polizei verhindern und damit einen wirksamen Kampf gegen ein solches Übel wie den Terrorismus behindern.

Die Geiselnahme von Beslan

Vor zwei Jahren ereignet sich in Russland, in der Kleinstadt Beslan in der nordkaukasischen Republik Nordossetien eine grausame Geiselnahme. Am 1. September 2004 morgens wurden in der Schule Nr. 1 mehr als 1.000 Geiseln genommen, vor allem Schüler und ihre Verwandten, die aus Anlass der Feiern zum Beginn des neuen Schuljahres anwesend waren. Die Terroristen zählten nicht weniger als 32 Männer; sie waren aus der Nachbarrepublik Inguschetien gekommen, aus der Umgebung des Dorfes Psedy. Die Vorbereitungen zur Geiselnahme waren unter der Kontrolle von Schamil Basajew, der in Russland als „Terrorist Nr. 1“ bezeichnet wurde.

Die Geiseln wurden in die Turnhalle, die Aula und in andere Schulräume getrieben. Die Terroristen verminnten diese Räume und richteten sich zur Rundumverteidigung ein. Um zu beweisen, dass sie es „ernst meinten“, erschossen die Terroristen einige Geiseln – erwachsene Männer – und warfen die Leichen aus den Fenstern des Unterrichtsraumes für russische Literatur. Ein Brief von Schamil Basajew an Wladimir Putin, der die Forderung nach Abzug der Truppen aus der Tschetschenischen Republik enthielt, sowie eine Videoaufnahme der Geiseln wurden den russischen Behörden übergeben.

Offiziell wurde bekannt gegeben, dass die Terroristen insgesamt 354 Menschen als Geiseln genommen hatten, obwohl schon damals bekannt war, dass es mindestens doppelt so viele Geiseln waren (und später bei der Gerichtsverhandlung die Zahl von 1.187 Menschen genannt wurde), und dass die Terroristen keine politischen Forderungen gestellt hätten. Am zweiten Tag wurde den Geiseln kein Wasser mehr gegeben, obwohl es sehr heiß war. Von den Personen, die die Terroristen für Verhandlungen

angefordert hatten, den Präsidenten der Republik Nordossetien Alexander Dsasochow und der Republik Inguschetien Murat Sjasikow, erschien keiner. Der einzige Unterhändler, der bis in die Schule gelangte, der ehemalige Präsident Inguschetiens Ruslan Auschew, erreichte die Freilassung von 26 Frauen und Kindern.

Obwohl offiziell der Leiter der Republikssverwaltung des Sicherheitsdienstes FSB, Waleri Andrejew, zum Befehlshaber der „antiterroristischen Aktion“ ernannt wurde, waren in der Stadt ranghöhere Offiziere, die Generäle Wladimir Anisimow, Wladimir Pronitschew und Alexander Tichonow, anwesend. Die wirkliche Befehlsstruktur für die Aktionen der Sicherheitsdienste ist unbekannt. Darüber hinaus wurde eine sehr dichte Nachrichtensperre über die Region verhängt; Journalisten, die bei Verhandlungen und der Befreiung der Geiseln hätten helfen können, wurden nicht in das Gebiet gelassen.

Am 3. September wurde mitgeteilt, dass der Berater Putins Aslachanow für Verhandlungen aus Moskau ankomme und dass der Führer der tschetschenischen Separatisten Aslan Maschadow auch bereit sei, als Vermittler aufzutreten, aber nach 13:00 Uhr waren in der Schule Explosionen zu vernehmen und der Angriff auf das Gebäude begann, der nach Angaben der Behörden ungeplant war und zu dem sie sich genötigt sahen. Das Dach der Turnhalle, in der sich die meisten Geiseln befanden, fing an zu brennen und stürzte auf die am Boden liegenden Verletzten. Die Evakuierung der Geiseln geschah spontan und unorganisiert. Die Terroristen bewegten sich mit einem Teil der Geiseln in andere Räume der Schule. Die Kämpfe, unter dem Einsatz schwerer Waffen, darunter auch „Flammenwerfer“ mit thermobarischen Geschossen [gemeint wahrscheinlich schultergestützte Raketenwerfer RPO-A „Schmel“ („Hummel“)], von

den russischen Streitkräften als „Infanterie-Raketen-Flammenwerfer“ bezeichnet] und Kampfpanzer, dauerten bis zum Abend an. Insgesamt starben 332 Menschen, davon waren 319 Geiseln, darunter 186 Kinder.

Offiziellen Angaben zufolge überlebte nur ein Terrorist, Nur-Paschi Kulajew, der versucht hatte, sich zu verstecken. Er wurde als einziger vor Gericht gestellt und im Mai 2006 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Bald nach der Tragödie machte Präsident Wladimir Putin „internationale Terroristen“ für die Geschehnisse verantwortlich. Beslan wurde als Vorwand benutzt, um Bürgerrechte und -freiheiten weiter zu beschneiden; es wurden die Direktwahlen der Gouverneure der Förderationssubjekte und die Direktwahl von Dumaabgeordneten in Einzelwahlkreisen abgeschafft.

Vier Geiselnahmen und ihre Aufarbeitung

Beslan war schon die vierte Geiselnahme mit einer hohen Anzahl von Geiseln: Im Juni 1995 nahm die Gruppe von Schamil Basajew mehr als 150 Geiseln im Krankenhaus von Budjonnowsk (Bezirk Stawropol), im Januar 1996 nahm die Gruppe von Salman Radujew das Krankenhaus in Kisljar (Republik Dagestan) ein und im Oktober 2002 nahm Mowsar Barajew mit seiner Gruppe mehr als tausend Geiseln im Dubrowka-Theater in Moskau. Die Tragödie von Beslan sticht aber hervor, da nirgendwo sonst so viele Menschen umgekommen sind, vor allem Kinder; auch erhielt die Untersuchung der Tragödie von Beslan mehr Aufmerksamkeit von Seiten der Gesellschaft.

Die Untersuchung der Geiselnahme von Budjonnowsk wurde mehr als einmal unterbrochen und die Terroristen werden erst nach vielen Jahren, einzeln oder zu mehreren, vor Gericht gestellt. Auch der Anführer von Kisljar, Salman Radujew, wurde erst fünf Jahre nach der Tat verurteilt. Bei dem Angriff auf das Theater in Moskau wurden alle Terroristen getötet, so dass es kein Gerichtsverfahren geben konnte, die ehemaligen Geiseln organisierten sich aber selbst und es gab eine gesellschaftliche Kampagne, um eine Untersuchung zu erreichen. Nur in Nordossetien nahmen Forderungen und Proteste ein großes Ausmaß an.

Ein Terrorist wurde lebend gefasst und vor Gericht gestellt, so dass es möglich war, in einer öffentlichen Gerichtssitzung eine gerichtliche Untersuchung des Falles an sich zu erreichen, die weit über die strafrechtliche Verfolgung des Terroristen Nur-Paschi Kulajew hinausgeht.

Fragen an die Untersuchungsbehörden

Das hätte eigentlich über alle erwähnten Geiselnahmen gesagt werden können. Es geht erstens um die Untersuchung der Umstände, die zur Tragödie geführt haben, Umstände nicht nur im engeren Sinne – „Wie konnten die Terroristen ihr Vorhaben vorbereiten und durchführen? Welche Beamten in Verwaltung, Polizei und Sicherheitsdiensten sind hierfür verantwortlich?“ – was Gegenstand der Untersuchung der Staatsanwaltschaft ist, aber auch im weiteren Sinne: „Welche Vorbedingungen und welchen Hintergrund gab es für das Geschehene? Wie war es möglich, dass terroristische Gruppen und Netzwerke entstehen konnten?“ Also: „Warum führte der Tschetschenienkrieg, der zuerst eine ‚Entwaffnung von illegalen Banden‘, dann eine ‚antiterroristische Operation‘ genannt wurde, zur gegenteiligen Ergebnissen, das heißt, zur Entstehung von starken illegalen bewaffneten Gruppierungen und eines terroristischen Untergrundes?“ Das ist schon Thema für eine parlamentarische Untersuchung und für eine breite gesellschaftliche Diskussion.

Die Umstände eines Terroraktes selber, sein Verlauf und Ausgang sind auch Gegenstand der Arbeit der ermittelnden Organe; aber, wie die Erfahrung gezeigt hat, sterben unschuldige Menschen, die Geiseln, nicht nur von Hand der Terroristen, sondern auch, zuweilen auch mehr, während der „antiterroristischen Operation“. So war es bei allen Geiselnahmen, auch in Budjonnowsk und vor allem im Dubrowka-Theater. Eine Untersuchung hätte den Grund für den Tod jeder Geisel und für die Aktionen nicht nur der Terroristen, sondern auch der Sicherheitsdienste und Polizei ermitteln sollen, wenn nicht, um die Schuldigen zu bestrafen, dann wenigstens, um daraus Lehren zu ziehen.

Die „Silowiki“ haben aber heute von vornherein Carte blanche für jegliche Aktionen und „Verluste“: Die geltenden Gesetze erlauben ihnen bei „antiterroristischen Operationen“ im Wesentlichen, nicht nur dem Eigentum, sondern auch Gesundheit und Leben der Bürger jeden beliebigen Schaden zuzufügen und dafür nicht die Verantwortung tragen zu müssen.

Probleme des öffentlichen Diskurses

Das Thema „Terror“ wird heute in den russischen Massenmedien keineswegs totgeschwiegen. „Wie konnte das geschehen? Wer hat es zugelassen? Wäre es möglich gewesen, das zu verhindern? ...“ – der öffentliche Diskurs läuft gewöhnlicherweise auf diese Fragen hinaus. Auf die Frage: „Wer genau ist am Tode eines bestimmten Menschen schuld?“ folgt meistens die Antwort: „Warten Sie, das wird untersucht, wäh-

renddessen reden wir über ...“ und dann kommen wieder allgemeine Fragen.

Die Antworten der Untersuchung sind bekannt: „Am Tod der Geiseln sind die Terroristen schuld, und nur die Terroristen.“ Man kann in den Dokumenten recherchieren und sich über unsinnige und allgemeine Formulierungen wundern wie z.B. „Kulajew ermordete als Mitglied einer verbrecherischen Gruppe zwei und mehr Personen“; anstelle eines konkreten Hinweises auf die Schuld jedes einzelnen Terroristen folgen weitere Unsinnigkeiten und Ungereimtheiten, um der Öffentlichkeit irgendetwas zu zeigen und vorzustellen und darunter offensichtliche und anscheinend eindeutige Fakten zu beerdigen.

Dies sind zweifellos wichtige Fragen: „Wie sind die Terroristen nach Beslan gelangt? Wie viel Terroristen waren es? Wurden vorher Waffen versteckt? Hätte man irgendwie mit ihnen vernünftig verhandeln können? Warum kam es zu der ersten Explosion?“, usw. Es ist zweifellos nötig, Antworten zu finden, aber die Öffentlichkeit beschäftigt sich schon mit dem nächsten Anschlag und vergisst dabei den vorherigen; dabei werden grundlegende und offensichtliche Fragen vermieden: Vor dem Tschetschenienkrieg war nicht einmal die Rede von einem solchen Terrorismus; der Tschetschenienkrieg erzeugt Terrorismus; wenn es das Phänomen Terrorismus gibt, hat die Regierung Möglichkeiten, adäquat und nicht nur auf jeden Terrorakt zu reagieren, das heißt, die Gründe zu bekämpfen, die den Terrorismus hervorbringen; wenn der Staat auf einzelne Fälle von Terror reagiert, dann unter Berücksichtigung von Hintergrund und Gründen?

Sowohl die gerichtliche wie auch die parlamentarische Untersuchung, als auch die öffentliche Diskussion über Beslan haben einen weiteren, nicht weniger schwer wiegenden inhärenten Mangel. Nur eine gängige Version wird hinterfragt, die offizielle Version; selbst wenn man mit dieser Version nicht einverstanden ist und sie in Frage stellt. Das grenzt den Diskurs letztlich doch ein.

Die gerichtlichen Ermittlungen

Es geht nicht nur darum, dass die gerichtliche Ermittlung nicht nur eine „einzig wahre“ Version der Ereignisse hätte untersuchen sollen, sondern alle möglichen. Erstens erinnern sich Betroffene an unterschiedliche Versionen der Ereignisse. Zweitens sind Ereignisse solchen Ausmaßes ein Zusammenprall vieler (zumindest zweier, der der Terroristen und der der Antiterrorkräfte) Willen, Ansichten, Auffassungen über das Geschehene, Pläne und Absichten. Drittens gibt es verschiedene „Versionen der Zukunft“, das

heißt, verschiedene Möglichkeiten für Entwicklung und Ausgang der Ereignisse. Die Willen mehrerer Akteure treffen aufeinander, ihre Pläne werden nicht verwirklicht, die Lage ist manchmal unvorhersagbar, es entstehen „Scheidewege“, wenn von den Handlungen einzelner Menschen und Beamten manchmal viel abhängt; diese Menschen sind dann für alles verantwortlich, was weiter geschieht.

Die gerichtliche Ermittlung geht von einer „Generallinie“ aus: Es geschah das, was als einziges geschehen konnte. Der im Herbst 2005 nach Beslan entsandte Stellvertretende Generalstaatsanwalt Kolesnikow bestätigte dies auch: Die Ermittlung sei das ganze Jahr [nach der Geiselnahme] auf dem „einzig richtigen Weg“ gewesen. Der Staatsanwalt versuchte, einen Rest Vertrauen in die Vollzugsbehörden zu bewahren, „Vertrauen“ kann aber auf verschiedene Art verstanden werden. Man kann sich von Regeln wie „wir möchten selbst die Wahrheit ermitteln, wir prüfen alle Fakten, wir agieren so offen wie möglich, so dass kein Zweifel daran entstehen kann, dass wir unvoreingenommen sind“ leiten lassen, man kann sich aber auch an eine „Generallinie“ halten und von vornherein alle anderen Versionen ablehnen.

Dieses wurde in den ersten Minuten der gewalttamen Entscheidung in Beslan festgelegt. Es wäre schon damals nötig gewesen, die Untersuchung in zwei Teile zu dividieren. Den ersten Teil – die Aktionen der Terroristen, wie es ihnen gelang, den Angriff auf die Schule vorzubereiten und durchzuführen – hätte der FSB untersuchen sollen, am zweiten Teil aber – der Sturmangriff auf die Schule [durch die Sicherheitskräfte], bei dem Menschen umkamen – hätte der FSB überhaupt nicht beteiligt sein sollen, um „mögliche Fälschungen der Beweisstücke und der Tatumsstände zu verhindern“, war doch das Interesse des Dienstes daran zu offensichtlich.

Offensichtliche Mängel der Ermittlungen

So geschah es nicht. Unter diesen Umständen eines „Interessenkonflikts“ konnten alle Tatsachen und Umstände, die nicht mit der „Generallinie“ übereinstimmten und zufällig in das Visier der Untersuchung hätten geraten können, von der Untersuchung ausgeschlossen werden und durch geschickt formulierte und „auf richtige Weise“ gestellte Fragen an Zeugen und Experten, wenn nicht sogar durch gefälschte Gutachten ersetzt werden. Alles, was diesen „Weg“ behinderte, wurde zur Seite geschoben und vernichtet. Wie sonst kann man erklären, dass eine große Anzahl von Objekten – Überreste von persönlichen Sachen und Kleidung der umgekommenen Geiseln –, die als Beweisstücke hätten dienen müssen, auf der Müll-

kippe gefunden wurden?

Nachdem die „Generallinie“ der Untersuchung in Bezug sowohl auf die Banditen als auch auf die Opfer festgelegt worden war – „an allem ist Basajew schuld“ – war es nicht mehr nötig, irgendwelche Untersuchungen zu führen, Umstände [der Geiselnahme] festzustellen und miteinander zu vergleichen oder Ereignisse zu rekonstruieren. So wurde in den Untersuchungsdokumenten geschrieben, dass Waffen und Instruktionen „von nicht identifizierten Personen zu einer nicht bestimmten Zeit an einem nicht identifizierten Ort“ erhalten wurden“, das alles unter der Führung von Basajew, der persönlich und eigenhändig den Terroristen praktisch jede automatische Waffe und jede Patrone übergab.

Es versteht sich von selbst, dass dabei kein Platz mehr war für Fragen nach erstens den Forderungen der Terroristen, Strategie und Taktik der Verhandlungen (nicht politischer Verhandlungen, sondern taktischer, um so viele Geiseln wie möglich zu retten), zweitens nach Art und Ziel der Anwendung von Gewalt – geschah dies punktuell, oder im Gegenteil massiv und wahllos? Sollte das Leben der Geiseln gerettet werden, oder sollten vor allem die Terroristen liquidiert werden?

Die Situation wurde etwas verändert dadurch, dass ein Terrorist überlebte; so konnte das Gerichtsverfahren gegen ihn zu einem gewissen Grad benutzt werden, um über die Tragödie von Beslan insgesamt zu reden, wie z.B. über die Gründe für die erste Explosion – war es nicht ein Schuss aus einem Flammenwerfer auf das Dach der Turnhalle? Führte dieser Schuss nicht dazu, dass das Dach in Brand geriet? Den Beschuss mit Flammenwerfern und Panzern versuchten die „Silowiki“ [Vertreter von Militär und Sicherheitsdiensten] vor Gericht zunächst einfach zu leugnen, dann erklärten sie, dass der Flammenwerfer das Dach nicht in Brand stecken konnte. Diese Diskussion konnte allerdings keine genaue Untersuchung der Leichen aller in der Turnhalle umgekommenen Menschen (die im Verlauf einer vorläufigen Untersuchung hätte stattfinden müssen) ersetzen, die erlaubt hätte, festzustellen, was die Todesursache war: Splitterwirkung der von den

Über den Autor

Andrei Cherkassov ist Mitglied des Beirates der Internationalen Gesellschaft Memorial, www.memo.ru

Lesetipps

- Website „Die Wahrheit über Beslan“ <http://pravdabeslana.ru/> (Website mit unfangreichen, kritischen Dokumentationen zu den Ereignissen 2004, teilweise auch auf englisch)
- Novaja gazeta, Nr. 65, 28.8.2006 <http://2006.novayagazeta.ru/nomer/2006/65n/n65n-s00.shtml> (Sondernummer zu Beslan, nur russisch)
- Kerstin Holm: Die Lügen über Beslan, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.9.2006 <http://www.faz.net/s/Rub117C535CDF414415BB243B181B8B60AE/Doc-E3CBC2AEDA6CC4D5ABC8DB6F8AFF8D86-ATpl-Ecommon-Scontent.html>
- Manfred Quiring: Massaker von Beslan. Als Panzergranaten unschuldige Geiseln töteten, in: Die Welt, 29.8.2006 <http://www.welt.de/data/2006/08/29/1015259.html>

Terroristen angebrachten Sprengladungen oder das Feuer?

So aber wurden ausschließlich die Terroristen für schuldig am Tod aller Geiseln erklärt.

Die parlamentarische Ermittlung

Die im Herbst 2004 gebildete Parlamentskommission unter dem Vorsitz von Alexander Torschin hätte diesen Fehler korrigieren können. Da sie nicht in den „Interessenskonflikt“ verwickelt war, hätte diese Kommission auch andere Versionen der Ereignisse wie auch einen breiteren Kontext der Ereignisse in Betracht ziehen können. Leider war dies nicht der Fall; schon die ersten Erklärungen des Kommissionsvorsitzenden, in denen von „Auftraggebern“ der Geiselnahme die Rede war und eine mögliche Komplizenschaft von örtlichen Eliten andeutetet wurde, bewiesen, dass der Tschetschenienkrieg als Hintergrund und Grund für den Terror nicht diskutiert werden sollte. Die „Torschin-Kommission“ weigerte sich, von russischen Menschenrechtler Dokumente anzunehmen, die bei der Untersuchung dieses Aspektes der Tragödie von Beslan geholfen hätten. Insgesamt wird diese Untersuchung, einem weiteren Kommissionsmitglied, dem Dumaabgeordneten Juri Iwanow zufolge, auch im Rahmen der „Generallinie“ durchgeführt. Es sind zwei Jahre vergangen, aber der oft versprochene Bericht der Kommission ist nicht veröffentlicht worden. Immerhin hat diese Kommission eine Rolle spielen können, die des „Blitzableiters“ für die Proteste der Einwohner Beslans. Heute wäre selbst eine solche Kommission ein Segen, da das kürzlich verabschiedete Gesetz über parlamentarische Untersuchungen im Wesentlichen solche Untersuchungen zu allen bedeutenden Fragen verbietet.

Im Ganzen haben die zwei Jahre, die seit der Tragödie von Beslan vergangen sind, die in Russland existierenden Barrieren aufgezeigt, die eine effektive gesellschaftliche Kontrolle der Sicherheitsdienste, Streitkräfte und Polizei verhindern und damit einen wirklichen Kampf gegen ein solches Übel wie den Terrorismus behindern.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann